Nachrichten und Tageblatt

für Bad Warmbrunn und das Riesengebirge

Neue Folge der Warmbrunner Nachrichten

Erscheint täglich außer den Tagen nach Sonn- und Festtagen. — Beilagen: Sonntags: eine illustrierte. — Bezugspreis: frei Haus vierteljährlich 3.30 M., monatlich 1,20 M. Bei Abholung von der Geschäftsstelle vierteljährlich 2.50 M., monatlich 0,90 M. Durch die Post vierteljährlich 3,60 Mk., monatlich 1,80 Mk.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum hier 2[illegible] Pfg., auswärts 30 Pfg., Reklamezeile 80 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt. — Bei Ausbruch von Konkursen, bei gerichtlicher Einforderung der Beträge oder bei Nichteinhaltung der Zahlungsfrist erlischt der Rabatt und tritt der Grundzeilenpreis von 30 bezw. 80 Pfg. in Kraft

Verbreitetstes Publikations-Organ für Bad Warmbrunn und Umgegend

Schriftleitung, Druck und Verlag: Paul Fleischer, Warmbrunn, Buchdruckerei, Voigtsdorferstr. — Fernsprecher 115. — Telegramme: Nachrichten. — Postscheckkonto 6746 Breslau.

Nummer 53 | Mittwoch, den 3. März 1920. | 38. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der Reichshaushaltsplan für das kommende Jahr ist nunmehr fertiggestellt worden.

* Die Reise der Reichsminister zur Leipziger Messe ist wegen der innerpolitischen Lage im Zusammenhange mit dem Verlauf des Erzberger-Prozesses aufgeschoben worden.

* In unterrichteten Kreisen gilt die Stellung des preußischen Finanzministers Südekum wegen der Vorlage über die Abfindung des ehemaligen Kaiserhauses als erschüttert.

* Wie die Germania meldet, wird Erzberger bis zum Abschluß des ganzen Prozesses vom Amt suspendiert bleiben.

* Bis heute sind aus Frankreich und Belgien 250 000 Kriegsgefangene zurückgekommen.

* Die französische Regierung verlangt neuerdings von uns auch alle auf den Halden liegenden Kohlenvorräte.

* Nach Erklärungen in der französischen Kammer fordert Frankreich von uns 60 000 Pferde.

* Sowjetrußland hat der Entente ein weitgehendes Friedensangebot gemacht.

* Wilson verurteilt in einer Denkschrift die Ländergier seiner Verbündeten und schlägt einen Sonderfrieden mit Deutschland vor.

Die Not der Zeitungen.

„Ihr müßt schreien, schreien und nochmals schreien" — an dieses bewährte Rezept des seligen Rupprecht-Kanser für die notleidenden Landwirte der neunziger Jahre haben sich die deutschen Zeitungsverleger weiß Gott niemals gehalten. Ob es ihnen gut ging oder ob sie mit schweren Sorgen zu kämpfen hatten, die Öffentlichkeit nahmen sie für ihre Bedrängnis nicht in Anspruch. Die Spalten ihrer Blätter standen allen Kreisen der Bevölkerung zur Verfügung: Arbeiter- und Angestellte, Bauern und Bürger, Beamte und Offiziere, für sie alle mühte man sich nach Kräften, und wem es am schlechtesten ging, für den legte man sich am kräftigsten ins Zeug. Nur die eigenen Schmerzen sperrte man gegen die Allgemeinheit geflissentlich ab — das waren häuslinge Dinge, die man allenfalls im Kreise der Berufsgenossen zur Sprache brachte; aber der Markt des Lebens wurde mit ihnen verschont.

So altmodisch denken und fühlen die Träger des allermodernsten Kampfmittels im Streite der Meinungen. Sie würden auch heute noch leiden, ohne zu klagen, wenn die rapide Abwärtsentwicklung unserer gesamten Wirtschaftsverhältnisse nicht auch ihnen endlich gewaltsam die Zunge gelöst hätte. Während des Krieges hatte man sich noch gerade recht und schlecht durchgeschlagen, teils mit, teils ohne Reichsunterstützung, die, wo und soweit sie gewährt wurde, mehr als wettgemacht wurde durch die weitgehenden Opfer, die die Verleger zumeist in ihren eigenen Betrieben zu bringen gezwungen waren. Aber das eigentliche Elend für sie hat erst mit den Zeiten der Revolution eingesetzt. Kein Schnelläufer kann mit den Preiserhöhungen Schritt halten, die seitdem auf allen Gebieten des Zeitungswesens unausgesetzt „vereinbart" oder, auf Deutsch gesagt, ertrotzt werden; keine Abonnements-, keine Inseratenpreissteigerung mehr als zu einem verschwindenden Bruchteil die Mehrlasten ausgleichen, die fast jeder Tag den ratlosen Verlegern aufbürdet. Statt unzähliger Beispiele nur das eine: Am 21. Januar werden die Papierpreise von der dafür zuständigen Stelle für den Monat Februar festgesetzt und bekannt gegeben. Also kann man wenigstens bis zum März entsprechend disponieren. Sollte man meinen. Heute aber kommt dieselbe zuständige Stelle und erklärt, daß der Preis sich mit rückwirkender Kraft vom 16. Februar ab um so und so viel erhöht habe. Widerspruch? Klage? So etwas gibt's natürlich nicht. Muß der Steuerzahler sich doch vielerorts auch z. B. ruhig gefallen lassen, daß die Gemeinden mitten im Steuerjahr, nachdem sie die Höhe ihrer Abgaben längst rechtskräftig festgesetzt haben, erklären, sie kämen mit diesen Sätzen nicht aus und müßten deshalb die vier Steuerquartale des Jahres noch um ein fünftes vermehren. Solche Scherze hagelt es heute auf allen Gebieten. Ein Keil treibt den andern, und jeder will sehen, wo er bleibt.

Daß das Zeitungsgewerbe bei dieser Lage schließlich auch noch von der Steuergesetzgebung mit ganz außerordentlichen Sonderabgaben belastet wurde, hat dann aber doch dem Faß den Boden ausgeschlagen. Jetzt ist es wirklich so weit, daß viele Zeitungen, und darunter die bestfundierten, nicht mehr weiter können. Die eigenen Mittel und Reserven sind erschöpft, Bankkredite zu erschwinglichen Bedingungen nicht mehr zu haben. Die Betriebe werden eingeschränkt, hier und da versucht man es mit Zusammenlegungen, mit Verschmelzungen, aber das alles sind nur Verlegenheitshilfen, die den Untergang eines einstmals blühenden Berufszweiges nicht aufhalten können. Eines Gewerbes, das indessen nicht mit jedem andern ohne weiteres auf eine Stufe gestellt werden kann, weil seine Leistungsfähigkeit im Interesse des gesamten Volkes unbedingt erhalten werden muß. Es ist eine Frage allerersten Ranges für unsere ganze Selbstbehauptung im Leben der Völker, ob wir noch weiterhin über eine angesehene Presse sollen verfügen können oder nicht. Sie müßte, wenn es mit rechten Dingen bei uns zuginge, mit aller Kraft gestärkt und ausgebaut werden, um gegen die ausländischen Einflüsse dieser Art auch nur einigermaßen wettbewerbsfähig zu werden oder zu bleiben. Statt dessen wird ihr das Leben mehr und mehr bis zur völligen Erschöpfung abgegraben, und es kann gar nicht mehr lange dauern, und auch sie wird als todwundes Opfer von Krieg und Revolution siech und sterbensmatt am Boden liegen. Dann hat aber auch für das ganze deutsche Volk das Sterbeglöcklein geschlagen.

Man will es, nachdem die Nationalversammlung in dieser Frage völlig versagt hat, mit einer Anfrage oder mit einem Antrag in der preußischen Landesversammlung versuchen. An Worten wird es dort natürlich nicht fehlen. Aber wird man etwas Durchgreifendes zu tun wissen, und, wenn ein Weg gefunden werden sollte, wird man die Kraft aufbringen, ihn zu beschreiten?

Rußland bittet um Frieden.

Ein offizieller Vorschlag an die Entente.

Aus Washington wird gemeldet, daß ein offizielles Telegramm einen neuen Friedensvorschlag Sowjetrußlands an die Großmächte enthält. Die Sowjets verpflichten sich, in Rußland eine demokratische Politik zur Anwendung zu bringen und eine Konstituante einzuberufen. Sie versprechen überdies, das Dekret, welches die russische auswärtige Schuld auslöschte, zurückzuziehen und diese bis zu 60 % anzuerkennen. Sie versprechen auch, die rückständigen Zinsen zu bezahlen. Die Sowjetregierung erklärt sich zur Leistung bedeutender Garantien bereit, insbesondere durch Abtretung von Konzessionen, überreiche Platin- und Silberbergwerke an englisch-amerikanisches Syndikat. Dagegen verlangt Sowjetrußland von Großbritannien wie auch von den übrigen Großmächten, jede Einmischung in die russischen Angelegenheiten aufzugeben. Gleichzeitig gibt es dem Wunsche Ausdruck, die Vereinigten Staaten möchten Rußland Kredit eröffnen.

Hungernde Kinder.

Eine Million in Deutschland!

Auf dem in Genf tagenden Kongreß für Kinderhilfswerke wurde von der Kommission für Deutschland die Zahl der hungernden deutschen Kinder auf eine Million geschätzt. In Bildung begriffen ist eine Zentrale der zugunsten der Kinder begründeten wohltätigen Organisationen. Für Unterstützungszwecke werden monatlich 14 Millionen Schweizer Franken benötigt, abgesehen von den zur Bekleidung und zur Bekämpfung der Tuberkulose erforderlichen Summen. Die Kommission für Österreich erklärte, daß 250 000 bis 300 000 Kinder zu unterstützen seien mit einer monatlichen Ausgabe von 90 000 Pfund Sterling. Die Kommission für Frankreich schätzt die Zahl der unterstützungsbedürftigen Kinder in den verwüsteten Gegenden auf 400 000.

Die Kommission für Ungarn legte dar, daß eine Million Kinder zu unterstützen seien, davon allein in Budapest 100 000. Die Kommission für Italien gibt die Zahl der Waisenkinder und weiteren unterstützungsbedürftigen Kinder auf 400 000 an, davon 12 000 in den befreiten Gegenden, der Rest vornehmlich in Süditalien.

Wie groß das Elend deutscher Kinder ist, ergibt sich daraus, daß seit einiger Zeit fortwährend größere Trupps kleiner Kinder aus dem Ruhrgebiet nach den holländischen Grenzorten ziehen, um dort Lebensmittel zu erbetteln. Die Kinder, meist in Lumpen gehüllt und vielfach barfuß, sind oft mehrere Tage und Nächte unterwegs, da sie die Reise zu Fuß zurücklegen.

Eine Mahnung an die Landwirte.

Soll Deutschland verhungern?

Unter der Überschrift: Soll Deutschland verhungern? veröffentlicht Freiherr von Wangenheim einen längeren, sehr beachtenswerten Aufsatz, der den Anbau von Lupinen als Hauptfrucht fordert und nachweist, daß an Futterkorn bei der Ernährung der Gespanntiere gespart werden muß. Wangenheim sagt:

„Unsere Wintersaaten sind im Herbst 1919 zum Teil überhaupt nicht zur Aussaat gekommen. Wo sie aber bestellt sind, da ist das infolge fehlender Arbeitskräfte und Arbeitsunlust so spät geschehen und sie sind so schwach in den Winter gekommen, daß mit einer guten Ernte m Brotgetreide nicht zu rechnen ist. Unsere Ernährung im nächsten Wirtschaftsjahre ist deshalb im höchsten Grade gefährdet und hängt ganz von der Ernte an Sommerkorn und Hackfrüchten, namentlich von Kartoffeln, ab. Bei dem durch unsere verringerten Viehbestände hervorgerufenen Mangel an Stalldünger, bei den unsinnigen Preisen und dem Mangel an Kunstdünger, der vollständig im Rückstande befindlichen Ackerarbeit, den Schwierigkeiten, die die nachgerade blödsinnige Zwangswirtschaft der Beschaffung neuen ertragreichen Saatgutes bereitet, sind auch hier die Aussichten wenig erfreulich. So entsteht die dringende Gefahr, daß im Jahre 1920 sehr große Ackerflächen aus Mangel an Düngung und rechtzeitiger Bearbeitung unbestellt liegen bleiben. Dem muß mit allen Kräften vorgebeugt werden; alles, was die Gefahr mildern kann, muß geschehen. Ich weise deshalb auf zwei hierfür geeignete Hilfsmittel hin: Baut Lupinen als Hauptfrucht! Wangenheim kann die Erfahrung nur voll bestätigen, daß man Pferde ohne jedes Körnerfutter, nur mit Kartoffeln und Heu, tadellos ernähren und bei voller Leistungsfähigkeit erhalten kann. Seit fünf Jahren erhalten seine Pferde nicht ein Pfund Getreide, sondern nur noch Rübenschnitzel und Heu. Die Pferde sind in bestem Futterzustande und vollkommen leistungsfähig. Wenn nun diese Fütterung möglichst allgemein durchgeführt wird, so bekommen wir dadurch ein riesiges Quantum Sommerkorn frei, welches wir etwa zur Hälfte zur menschlichen Ernährung ausmahlen können, die andere Hälfte steht immer noch als Kleie für die Fütterung zur Verfügung. Eins freilich ist hierfür wie für jeden Aufschwung notwendig: Arbeit in dem Umfange, wie sie unserem Kl[illegible] unseren Bedürfnissen entspricht."

Teuerung in England.

Steigende Preise für alle Lebensnotwendigkeiten.

Ununterbrochen gehen auch auf den britischen Inseln die Preise in die Höhe. Ein kurzes Sinken nach dem Abschluß des Waffenstillstandes, dann ständiges Anziehen bis heute. Bei einem Vergleich der Preise von 1914 und 1919 stellt sich eine Erhöhung von 187 % heraus. Im Dezember 1919 wurden Fleisch und Kartoffeln abermals teurer, überhaupt alle Lebensmittel um 10 bis 15 %, so auch Tee und Zucker. Erheblich stiegen Blei, Zinn, Kupfer.

Die Arbeitslöhne haben sich im allgemeinen verdoppelt, mitunter auch verdreifacht. Die Kaufkraft des Schillings hat abgenommen, die Waren sind seltener geworden und können weniger leicht erworben werden. Der Mittelstand, der seine Einnahmen nicht wie die Arbeiter steigern konnte, leidet sehr. Einschränkung bei ihm ist auf allen Gebieten an der Tagesordnung. Ein Kammgarnanzug, der 1916 noch 7 Pfund (nach deutscher Friedenswährung etwa 140 Mark) kostete, muß jetzt mit 16 Pfund (320 Mark) bezahlt werden, wobei keine Garantie für die Qualität übernommen wird.

Allgemein beklagt man die überstarke Ausfuhr von Rohstoffen, welche den Inlandsverbrauch verteuert. Untersuchungskommissionen haben festgestellt, daß bei Spinnereiprodukten Gewinne von 300 bis 3000 %, auf den Rohstoff berechnet, erzielt werden. Dabei wird in England bedeutend weniger als früher gearbeitet, im Durchschnitt sind in jeder Woche über 40 Millionen Arbeitsstunden in Wegfall gekommen. Die Einfuhr leidet unter der Verschlechterung des Valutastandes. In Amerika gilt das englische Pfund nicht mehr 20, sondern nur noch 15 Schilling. Einfuhr aus Deutschland wird lebhaft gewünscht, ebenso aus Rußland.

Besserung erhofft man infolge der tatsächlich abnehmenden Arbeitslosigkeit und man trägt die unbestreitbare Teuerung mit dem Bewußtsein, daß sie bald vorübergehen wird und ein eigentlicher Mangel nicht vorhanden ist.

Schlußdienst.

Drahtnachrichten vom 29. Februar.

Zwangslieferung von Waren an die Entente.

Berlin. Die Entente hat im Rahmen der Schadenersatzforderung an Deutschland über einen Plan beraten, der für den deutschen Handel mit den neutralen Ländern die schwersten Folgen haben kann. Es soll eine Liste über deutsche Waren aufgestellt werden, die an die Entente geliefert werden müssen. Der Wert dieser Waren soll vermutlich auf die Kriegsentschädigung angerechnet werden.

Die Überschichten im Bergbau.

Düsseldorf. Das Ergebnis der ersten Woche der Überschichten im Bergbau stellt sich so, daß mit einer jährlichen Mehrförderung von 12 bis 15 Millionen Tonnen zu rechnen wäre, während der Reichskanzler bei den Essener Verhandlungen eine Mehrförderung von 45 Millionen Tonnen jährlich als notwendig bezeichnet.

Die Forderung der Wiedergutmachungskommission.

Paris. Im Kammerausschuß teilte der Finanzminister mit, daß die Wiedergutmachungskommission ihre Forderung an Deutschland schon im Juni bekanntgeben werde. Die Forderung werde wesentlich höher sein, als man früher angenommen habe.

Änderung des ungarischen Friedensvertrages.

Budapest. Hier ist eine amtliche Nachricht aus Paris eingelaufen, wonach die Botschafterkonferenz eine Änderung des ungarischen Friedensvertrages in ernsthafte Erwägung ziehen werde.

Verschiedene Meldungen.

London. Den von der Konferenz behandelten Finanzfragen und Teuerungsproblemen wird eine solche Bedeutung beigemessen, daß Nitti seine Abreise nach Italien aufgeschoben hat.

London. Die Antwort der polnischen Regierung auf die russischen Friedensvorschläge ist den Alliierten unterbreitet worden. Sir Hamar-Greenwood erklärte, daß die Antwort der polnischen Regierung nicht negativ sei.

Deutsche Nationalversammlung.

(148. Sitzung.) CB. Berlin, 28. Februar.

Das Haus ist schwach besucht. Am Ministertische sitzt einsam und allein der Vertreter Erzbergers, der Unterstaatssekretär im Reichsfinanzamt Moesle. Es wird die allgemeine Aussprache über die

Reichseinkommensteuer

begonnen. Die Grundzüge des Reichseinkommensteuergesetzes, wie es den Ausschuß verlassen hat, sind bekannt. Der Ausschuß hat 1500 Mark Einkommen steuerfrei gelassen. Dieses steuerfreie Einkommen erhöht sich für jede zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende Person um 600 Mark. Die Einkommensteuer beträgt für die ersten 1000 Mark des steuerpflichtigen Einkommens 10 %, für die nächsten 1000 11 %, für die folgenden 1000 Mark 12 % usw. bis 31 %. Dann steigen die Prozente weiter von 2000 zu 2000 Mark. Die Steigerung wird fortgesetzt und erreicht schließlich 60 %.

An erster Stelle sprach der Abg. Keil (Soz.). Gleich zu Beginn seiner Ausführungen kam er auf den

Prozeß Erzberger gegen Helfferich

zu sprechen. Wenn wir jetzt, so erklärte er, einen Jahresbedarf von 80 Milliarden Steuern haben, so ist die unheilvolle Kriegsfinanzpolitik daran schuld. Die Verantwortung dafür trägt Herr Helfferich. Die Sozialdemokratie ist an dem wenig erbaulichen Schauspiel, das sich jetzt in Moabit abspielt, nicht beteiligt. Sie ist die einzige Partei, die schon früher auf den Bankrott der Helfferichschen Finanzpolitik hingewiesen hat. Dieser Mann hat keine Ursache, sich als selbstgefälligen Tugendspiegel aufzuspielen. Hier wurde bei der Mehrheit Beifall und der Rechten Gelächter laut. Die progressive Reichseinkommensteuer ist eine alte sozialdemokratische Forderung. Die jetzige Vorlage befriedigt uns nicht ganz, aber die Not der Zeit zwingt uns zu ihrer Verabschiedung. Wir wollten die Staffelung der Steuer bis zu 60 %. Die Mehrheit des Hauses will aber über 60 % leider nicht hinausgehen. In der Schonung der kinderreichen Familien werden hoffentlich noch Verbesserungen erzielt.

Abg. **Pohlmann** (Demokrat) beklagte das Vorhandensein des Loches im Westen, zu dem neuerdings das Loch im Osten gekommen sei. Immer noch übersteige die Einfuhr die Ausfuhr. In erster Linie muß das Volk seine Bedürfnisse einschränken. Wir haben für den hohen Steuertarif aus diesen Rücksichten gestimmt, denn die Folgen würden unabsehbar sein, wenn das Reich kein Geld bekommt. Wir wollen eine gute Steuerpolitik treiben, um durch die wirtschaftliche Stärkung Deutschlands auch zu einer aktiven auswärtigen Politik zu kommen.

Scharfe Absage der Opposition.

An dritter Stelle sprach der Abg. **Düringer** für die Deutschnationalen. Er nahm vor allem die Finanzpolitik Helfferichs in Schutz, indem er darauf hinwies, daß sie auf den deutschen Sieg eingestellt war. Dann kennzeichnete er die Stellung seiner Fraktion zur Steuerpolitik der jetzigen Regierung. Wir sind Oppositionspartei, erklärte er. Wir haben kein Vertrauen zu dieser Koalitionsregierung und zu den Ministern. Wir lehnen es deshalb ab, dieser Regierung eine solche Fülle von Macht und Einfluß einzuräumen, wie es mit dieser Vorlage geschehen würde. Auf der Rechten wurde hier lebhafte Zustimmung laut, und Abg. Herrmann-Reutlingen rief unter großer Heiterkeit dazwischen: „Keinen Mann und keinen Groschen." Es ist unverständlich, fuhr der Abg. Düringer fort, oder bewußte Demagogie, wenn uns vorgeworfen wird, wir versuchten, dem Staate die Mittel zu versagen, die er braucht. Wir bezahlen die Steuern ebenso wie Sie und unser Geld ist ebenso viel wert. Dann kam der Redner auf den Prozeß Erzberger gegen Helfferich zu sprechen. Es würde mir nicht an Stoff fehlen, bemerkte er mit einem Anflug von Spott, einige Worte über den Reichsfinanzminister zu sagen, ich unterlasse es aber absichtlich, weil ich dem Richterspruch nicht vorgreifen will. Das verbrecherische Attentat gegen den Minister haben meine Freunde aufs schärfste verurteilt. Es war empörend, wie die Presse der Mehrheitsparteien die Tat eines unreifen Fanatikers gegen meine Partei auszuschlachten versucht hat. (Sehr wahr, rechts.) In jeder Partei gibt es unsaubere Elemente und Verbrecher, aber dafür darf man die Partei nicht verantwortlich machen. Wenn z. B. ein Zentrumsabgeordneter unsaubere Schiebergeschäfte und Steuerdefraudationen nachgewiesen werden, so werden wir deswegen doch nicht das Zentrum als eine Partei der Schieber und Steuerdefraudanten bezeichnen. (Sehr gut, rechts.)

Die Revolution aus Neid.

Die Revolution, erklärte der Redner weiter, wurde im wesentlichen gemacht unter dem faszinierenden Eindruck wirtschaftlicher Theorien und Utopien. Für die Revolution hat die Sozialdemokratie den denkbar ungünstigsten Zeitpunkt gewählt. Das Kapital hat sie nicht beseitigen können. Über die Revolution von 1918 kann man das Wort „Aus Neid" setzen. Weiter übte der Redner an den Einzelheiten der Vorlage sehr scharfe Kritik. Er bemängelte es z. B., daß die Kirchensteuern nur so nebenher Beachtung gefunden hätten, und daß man den Ländern und Gemeinden das Recht, selbst die Höhe ihrer Einnahmen zu bestimmen, genommen habe.

Der nächste Redner, der Abg. **Becker** von der Deutschen Volkspartei bemühte sich ebenfalls, den von der Linken angegriffenen ehemaligen Reichsschatzsekretär Dr. Helfferich in Schutz zu nehmen. Er wies darauf hin, daß die Mehrheit des Reichstages, also auch das Zentrum und die Demokraten hinter der Finanzpolitik Helfferichs gestanden hätte. Weiter erklärte er, daß es nicht vornehm sei, Helfferich hier in der Nationalversammlung anzugreifen, weil er sich hier nicht verteidigen könne. Wenn Helfferich in den Reichsrag gewählt sein werde, so werde er sich schon zu verteidigen wissen. Die weiteren Ausführungen des Redners galten der Bekämpfung der Vorlage.

Sodann erhielt das Wort der Abg. **Herold** vom Zentrum. Er sprach im Namen seiner Partei deren Zustimmung zu der Vorlage und der jetzigen Steuergesetzgebung aus.

Den Schluß machte der Abg. **Düwell** (U. Soz.), der die Vorlage als nicht weitgehend genug bekämpfte.

Nachdem dann der § 1 der Vorlage angenommen worden war, vertagte sich das Haus.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✦ **Der Aufbau des Reichshaushaltes.** Im Reichsfinanzministerium sind die Arbeiten für den Aufbau des Reichshaushalts durch die äußerste Anspannung aller Kräfte so gefördert worden, daß die Finanzpläne für das neue Rechnungsjahr nunmehr fertig vorliegen. Die Übertragung der bisher den einzelnen Ländern obliegenden Finanzverwaltung auf das Reich erforderte eine Fülle umständlicher Auseinandersetzungen.

✦ **Der Hauptausschuß und die Auslieferungsfrage.** Der Ausschuß der Nationalversammlung für auswärtige Angelegenheiten trat unter dem Vorsitz des Abg. Scheidemann zu einer längeren Sitzung zusammen, deren Gegenstand die Auslieferungsfrage bildete. Am Schluß konnte der Vorsitzende feststellen, daß alle Mitglieder des Ausschusses bis auf zwei mit allen Aktionen der Regierung in der Auslieferungsfrage sich einverstanden erklärt hatten.

✦ **Erzberger bis zum Prozeßabschluß suspendiert.** Das führende Berliner Zentrumsblatt, die Germania, schreibt zu der Amtssuspendierung des Reichsfinanzministers: „Im übrigen dürfte nach unserer Kenntnis der Dinge eine Meldung zutreffen, wonach unter den Parteien darüber Einmütigkeit herrscht, daß Herr Erzberger nicht nur bis zur Klärung der Frage der Steuereinschätzung, sondern bis zum Abschluß des ganzen Prozesses vom Amte des Reichsfinanzministers suspendiert bleibt."

✦ **Die Stellung Südekums erschüttert.** Die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung hat sich gemeinsam mit der sozialdemokratischen Fraktion der Preußischen Landesversammlung mit der von dem preußischen Finanzminister Dr. Südekum der Landesversammlung unterbreiteten Vorlage über die Abfindung des ehemaligen Königs von Preußen und deutschen Kaisers beschäftigt. Es kam dabei einmütig die Meinung zum Ausdruck, daß diese Vorlage nicht die Zustimmung der Sozialdemokratie finden könne, sondern von ihr abgelehnt werden müsse. Die Situation hat sich dadurch so gestaltet, daß die Stellung des preußischen Finanzministers Dr. Südekum nicht nur innerhalb seiner Partei, sondern auch als Minister stark erschüttert ist.

✦ **Die Auslieferung der Handelsflotte.** Um die Ausführung der Anlage 3 zu Artikel 236 des Friedensvertrages in die Wege zu leiten, begibt sich eine deutsche Kommission von 21 Mitgliedern unter Leitung des Geheimen Legationsrates Seeliger vom Auswärtigen Amt nach London. In der genannten Anlage sind die Bestimmungen über die Auslieferung der Handels-, Fischerei- und Binnenschiffahrtsflotte und über die Pflichtneubauten enthalten.

✦ **Französischer Kohlenhunger.** Die Franzosen haben in den Verhandlungen über die Kohlenlieferung in den letzten Tagen das Recht für sich in Anspruch genommen, die nach Maßgabe des Friedensvertrages zu liefernden Kohlenmengen nicht mehr an der Landesgrenze, sondern unmittelbar an den Gruben abholen zu dürfen. Ferner erheben sie den Anspruch, daß alle auf die Halden gestürzten Kohlen ihnen gehören.

✦ **Badens günstige Finanzlage.** In der Sitzung des badischen Landtages erklärte Finanzminister Wirth: „Wenn das Reich die Beträge für die ausgelegten Familienunterstützungen an Baden zurückzahlt, kann bei uns von Staatsschuld keine Rede sein. Unsere finanzielle Lage ist durchaus gesund. Bis 1. April werden wir mit unsern Steuereinnahmen wohl auskommen, aber nach dem 1. April beginnt unsere Sorge, wenn wir die Reichsbesoldungsordnung auf die uns noch verbleibenden Beamten übertragen müssen."

✦ **Übergang der Eisenbahnen an das Reich.** Die Verhandlungen der Länder mit Staatsbahnbesitz wegen des Übergangs der Staatsbahnen an das Reich zum 1. April 1920 haben zu einer Einigung über die Fassung des Vertragsentwurfs geführt. Es ist in Aussicht genommen, daß alle Länder einen gleichlautenden gemeinsamen Vertrag mit dem Reich abschließen. In der Frage der Festsetzung der Abfindungssumme läßt der Vertragsentwurf den Ländern eine gewisse Wahl. Der Vertrag kann nur in Kraft treten, wenn er durch Gesetze des Reiches und der beteiligten Länder genehmigt wird.

✦ **Die Preußische Landesversammlung** verwies den Antrag über das hauswirtschaftliche Pflichtjahr für Mädchen an den Ausschuß für Handel und Gewerbe. Ein Schiedsspruch über Lohnfragen der ostpreußischen Eisenbahnarbeiter wurde abgelehnt.

Frankreich.

× **Der revolutionäre Eisenbahnerstreik.** In der französischen Kammer brachte der Minister für öffentliche Arbeiten einen schleunigen Gesetzentwurf ein, in dem der Regierung das Recht der Requirierung aller Verkehrsmittel und aller für den Verkehr notwendigen Räume im Falle des Stillstandes der Eisenbahnen gegeben wird. Im Laufe der Debatte sagte Ministerpräsident Millerand, man befinde sich nicht einem Lohnkampf gegenüber, sondern man habe es mit einer revolutionären Bewegung zu tun. Es dürfe keine Korporation geben, möge sie auch noch so bedeutend sein, die das Recht habe, sich gegen die Nation zu wenden.

× **60 000 Pferde für Frankreich.** Auf eine Anfrage in der französischen Kammer erklärte Unterstaatssekretär Queuille, daß Frankreich entsprechend den Bestimmungen des Friedensvertrages von Deutschland 60 000 Pferde erhalten werde. Die Wiedergutmachungs-Kommission werde die notwendigen Anordnungen treffen.

Großbritannien.

× **Verstärkung der Auslandsgarnisonen.** Aus den letzten Ausführungen Churchills im Unterhause ergibt sich, daß die ständige Garnison in Ägypten auf nicht weniger als 6000 Weiße und 20 000 Indier erhöht werden mußte, während im Rheingebiete nur 16 000 und in der Türkei 23 000 Mann erforderlich sind. Als dauernde Garnisonen erwähnte Churchill: in Palästina 10 000 weiße und 13 000 indische Soldaten, in Mesopotamien 17 000 Weiße und 44 000 Indier.

× **Ein selbständiger Akt Kanadas.** Die kanadische Regierung beschloß, über den Kopf der englischen Regierung hinweg, in Washington eine von der Londoner Reichsregierung ganz unabhängige diplomatische Vertretung zu errichten. Der Verkehr zwischen den Vereinigten Staaten und der kanadischen Hauptstadt Ottawa wird schon im März in vollem Umfang aufgenommen.

Amerika.

× **Wilsons Drohungen an die Verbündeten.** Präsident Wilson kritisiert in einer Denkschrift zur Adriafrage den Imperialismus und die Ländergier der Verbündeten in Ausdrücken, die Aufsehen erregen. Er weist die Verbündeten auf die Gefahren neuer Kriegsmöglichkeiten hin, durch die die ganze Welt zu leiden haben würde. Wilson erklärt, wenn er mit seinem Vorschlag nicht durchdringen werde, würde er den Friedensvertrag zurückziehen und mit Deutschland über einen Sonderfrieden verhandeln. Wilson wurde unterrichtet, daß man in Verbandskreisen glaube, daß er infolge der Opposition zum amerikanischen Kongreß und infolge seiner Krankheit ohne Macht sei. Er würde die Verbündeten aber vom Gegenteil überzeugen.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Ingenieur Imhoff, dessen Festnahme durch die französische Besatzungsbehörde in Ludwigshafen gemeldet war, ist nach Lille abtransportiert worden. Die Bemühungen der deutschen Regierung in dieser und den ähnlichen Angelegenheiten werden nachdrücklichst fortgesetzt.

Magdeburg. Die Einführung des neuen Oberpräsidenten der Provinz Sachsen, Otto Hörsing, in sein Amt ist durch den preußischen Minister des Innern, Heine, persönlich erfolgt.

Lokales und Provinzielles.

Merkblatt für den 2. März.

Sonnenaufgang	6[47]	Mondaufgang	9[00]
Sonnenuntergang	5[00]	Monduntergang	5[02]

1916 Carmen Sylva (Königin Elisabeth von Rumänien) gest. — 1917 Die Vereinigten Staaten ordnen die Bewaffnung der Handelsschiffe an.

□ **Reifeprüfung für Grenzschutz- und Reichswehrangehörige.** Der preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat einen Erlaß an die Provinzialschulkollegien ausgegeben, wonach alle Angehörigen des Grenzschutzes und der Reichswehr, die jetzt zur Schule zurückkehren, oder die nach Ablauf ihrer Verpflichtungen schon zurückgekehrt sind, zur Ablegung der erleichterten Kriegsreifeprüfung zugelassen werden dürfen, und zwar zu dem Zeitpunkte, zu dem sie bei Nichtunterbrechung des Schulbesuches zur regelrechten Reifeprüfung hätten zugelassen werden können. Die Tatsache, daß die im Sommer 1918 eingetretenen Kriegsteilnehmer die erleichterte Kriegsreifeprüfung zum Teil unter erheblichem Zeitgewinn haben ablegen können, berechtige nicht zu der Folgerung, daß auch junge Leute, die nach dem 30. September 1918 ins Heer eingetreten sind und daher nicht als Kriegsteilnehmer angesehen werden können, vorzeitig zur Prüfung zugelassen werden müßten. Die Beteiligung am Grenzschutz und in der Reichswehr solle nach Möglichkeit keine Einbuße an Zeit, also keine Nachteile im Gefolge haben. Es sei aber unbegründet, diesen jungen Leuten nunmehr, außer erheblichen Prüfungserleichterungen auch noch einen Zeitgewinn zuzugestehen. Der Erlaß erstreckt sich auch auf die ehemaligen Angehörigen des Baltenschutzes.

Warmbrunn.

* **Einbrecher** versuchten nachts in die „Preußische Krone" einzudringen, wurden aber nach Eindrücken eines Fensters gestört und verjagt.

* **Gemeindevertretersitzung** am Freitag, den 5. März. Tagesordnung: 1. Erhöhung des Beitrages für den Bürgerverein. 2. Beteiligung an der Hirschberger Bau- und Siedlungsgesellschaft. 3. Beitrag für die Grenzspende. 4. Wahl von Vorstandsmitgliedern zu den Schulverbänden a) Warmbrunn evgl. b) Warmbrunn-Herischdorf kath. 5. Anstellung des Kassenführers und des Gegenbuchführers der Gemeindesparkasse. 6. Beratung der Haushaltungspläne der Verwaltungen: Gemeinde-Grundeigentum, Gemeinde-Steuern pp., Gemeinde-Schuldenwesen. 7. Elektrische Beleuchtung des Wasserwerks. 8. Festsetzung der Bezüge für den zu übernehmenden Lehrling Adolph.

* **Achtet auf ausreichende Briefaufschrift.** Ein oft beklagter Uebelstand macht sich neuerdings wieder fühlbar. Die Vorschrift, daß in der Aufschrift der Postsendungen nach Berlin und anderen großen Orten Straße und Hausnummer, womöglich auch Stockwerk usw., angegeben werden müssen, bleibt leider sehr häufig unbeachtet. Allein beim Briefpostamt in Berlin gehen werktäglich rund 3600 gewöhnliche Briefsendungen ein, bei denen die Wohnungsangabe ganz fehlt oder unvollständig oder unrichtig angegeben ist. Man stelle sich vor, welche ungeheure Mühe und welchen Aufwand an Zeit und teuren Arbeitskräften es erfordert, solche Massen von schlecht adressierten Briefen den Empfängern zuzuführen und daß Verzögerungen dabei unvermeidlich sind, obwohl beim Briefpostamt dauernd 22 Kräfte mit Nachschlagungen in Adreßbüchern, Erkundigungen bei anderen Behörden und sonstigen zweckentsprechenden Ermittelungen usw. zur Unterbringung dieser Sendungen beschäftigt sind. Abhilfe in diesem unerträglichen Zustand kann der Absender schaffen, wenn er es sich zur unbedingten Pflicht macht, bei Postsendungen nach großen Orten die genaue Wohnungsangabe des Empfängers hinzuzufügen, im Verkehr nach Berlin außerdem den Postbezirk (O, N, NO usw.) und tunlichst auch die Nummer der Bestell-Postanstalt anzugeben. Zur Erzielung solcher vollständigen Aufschriften können die Empfänger in den Großstädten und zwar nicht allein Privatpersonen, sondern auch Behörden, Firmen, Banken usw. viel beitragen, wenn sie bei den von ihnen ausgehenden Postsendungen auf den Briefbogen, Umschlägen usw. der Ortsangabe ihre Straße und Hausnummr hinzuzufügen. Werden diese oft wiederholten Ratschläge nicht beherzigt, so würde die Postverwaltung, um sich der immer mehr zunehmenden Flut der Sendungen mit mangelhaften Aufschriften zu erwehren, kaum umhin können, zu einschneidenden Maßnahmen zu greifen.

* **Wieder Eisenbahn-Sonntagsverkehr — aber nur für die Breslauer!** Um, wie die Eisenbahndirektion Breslau sagt, bei Eintritt besserer Witterung der Breslauer Bevölkerung wieder etwas mehr Gelegenheit zur Erholung im Freien zu geben, werden vom 29. Februar ab bis auf weiteres an den Sonn- und Feiertagen versuchsweise einige Züge abgelassen. — Versuchsweise sollten auch einige andere Gegenden berücksichtigt werden, z. B. das Riesengebirge. Das würde den Breslauern und dem Riesengebirge und den preußischen Finanzen sehr zu statten kommen.

Herischdorf.

Der

Kartoffelverkauf

findet Mittwoch, den 3. März statt und zwar:

von 8—9 Uhr Haus Nr. 1—80
„ 9—10 „ „ „ 81—154
„ 10—11 „ „ „ 156—170
und Tannenberg.
„ 11—12½ Scholzenberg
Nachmittags 1—2 Uhr Füllnerkolonie
„ 2—3 „ Weihrichsbergstraße, Matwaldstraße und Märzdorferstraße
„ 3—4 „ Giersdorferstraße, Heidewasser und Plan
„ 4—5 „ Walterstraße, Deutsche Kolonie, Stonsdorferstraße u. Nr. 171—188.

Gleichzeitig werden die neuen Kartoffelmarken ausgegeben.

Herischdorf, den 2 März 1920.

Der Gemeindevorstand: Feeser.

Blumendorf, 29. Febr. An der hiesigen Bahnhaltestelle wurde von anderen Fahrgästen ein Berliner verprügelt, der in ein paar Wirtschaften für das Pfund Butter 50 M. geboten und dadurch anderen kleinen Hamsterern den Ankauf verdorben hatte.

Lauban, 29. Febr. Die Stadtverordneten beschlossen, die erhöhten Sätze für die Erwerbslosen schon vom 8. März ab zu zahlen und zwar für Arbeiter über 21 Jahre 8,32 Mk. und für Arbeiter vom 16. bis 21. Lebensjahre 7,80 Mk. für den Tag. Dazu treten noch die Familienunterstützungen von 1 Mk. für die Ehefrau und 75 Pfg. für jedes Kind.

Welt- und Volkswirtschaft.

Der Stand der Mark.

Bei der nachstehenden Tabelle bedeutet Brief = angeboten und Geld = gesucht. Die Valuta steht jetzt für je 100 Gulden (fl.), 100 Kronen (Kr.) bezw. 100 Frank (Fr.):

Börsenplätze	28. 2. Geld	28. 2. Brief	27. 2. Geld	27. 2. Brief	26. 2. Geld	26. 2. Brief
Amsterdam G.	3696	3704	3696	3704	3596	3604
Kopenhagen Kr.	1488½	1491½	1474½	1477½	1446	1449
Stockholm Kr.	1865½	1869½	1843	1847	1819	1823
Christiania Kr.	1698¼	1701¾	1688¼	1691¾	1668¼	1671¾
Bern Fr.	—	—	1598¼	1601¼	1568¼	1571¾

Im Frieden kosteten im Durchschnitt 100 holländische Gulden 170 Mark, 100 dänische, schwedische bezw. norwegische Kronen 112 Mark und 100 Frank rund 80 Mark, von kleinen Kursschwankungen natürlich abgesehen.

Berliner Produktenbörse. Amtlich notierte Preise der Berliner Produktenbörse am 28. Februar: Hafer für 1000 Kilogramm loko 4620—4660 Mk. ab Bahn, auf Abladung 4680—4720 Mark ab Station.

Nichtamtlich sind folgende Preise ermittelt, alles für 50 Kilogramm ab Station: Erbsen, Viktoriaerbsen 440—580 Mark, gelbe und grüne Erbsen 380—540 Mark, Bohnen, weiße inländische 400—500 Mark, Peluschken 240—255 Mark, Pferdebohnen 230—260 Mark, Wicken 180—200 Mark, Lupinen 90—120 Mark, Seradelle 124—129 Mark, Wiesenheu, lose, 48—57 Mark, Stroh, drahtgepreßt 29—37 Mark, gebündelt 27—35 Mark, Trockenschnitzel 100—102 Mark, Patent Steffen 117—121 Mark, Rotklee, inländischer, seidefrei 1600—1900 Mark, Buchweizen 275—290 Mark.

* **Der Wirtschaftsrat für Beibehaltung der Zwangswirtschaft.** Der Wirtschaftsrat beim Reichswirtschaftsministerium nahm zu dem Wirtschaftsplan des Reichswirtschaftsministeriums für das kommende Erntejahr endgültig Stellung. Nach eingehender Aussprache, bei der auch die Vertreter der Landwirtschaft wiederholt zu Wort kamen, entschloß er sich, der Reichsregierung vorzuschlagen, daß die Zwangswirtschaft sowohl für Getreide wie für Kartoffeln aufrechterhalten und der Hafer wieder in die Bewirtschaftung eingezogen wird. Trotz erheblicher Bedenken der industriellen Arbeitervertreter wurden die Mindestpreise, die das Reichswirtschaftsministerium vorgeschlagen hat, als angemessen anerkannt. Über geeignetere Formen der Bewirtschaftung auf der Grundlage engsten Zusammenarbeitens zwischen Erzeuger- und Verbraucherorganisationen sollen sofort Verhandlungen gepflogen werden.

* **Schlechte Verkehrslage im Ruhrrevier.** Die Eisenbahnverkehrslage hat sich in der letzten Woche nicht unwesentlich verschlechtert. Die Wagengestellung ging zwar von 17 300 (in der voraufgegangenen Woche) auf 17 800 werktäglich in die Höhe, die Fehlziffern erhöhten sich aber auf durchschnittlich 1800 Wagen; am Wochenende fehlten sogar 3400 Wagen. Der Hauptgrund hierfür ist nach wie vor Lokomotivmangel und der infolge des Eisenbahnerstreiks noch immer vorhandene Rückstand an beladenen Wagen. Von den Haldenbeständen wurden rund 68 000 Tonnen (gegen 76 000 Tonnen in der Vorwoche) abgefahren, sodaß am 21. Februar ein Bestand von 731 000 Tonnen verblieb.

* **Mißwirtschaft in einem Reichsbetrieb.** Nach den Mitteilungen des sächsischen Arbeitsministers Held hatten sich in dem — jetzt geschlossenen — sächsischen Reichsbetriebe des Feuerwerkslaboratoriums Radeberg bei Dresden genau dieselben unerhörten Zustände entwickelt wie seinerzeit in Spandau. Es waren fast keine Einnahmen zu verzeichnen, aber innerhalb fünf Monaten wurden 35 Millionen Mark für Gehälter und Löhne ausgegeben. In Radeberg fabrizierte man Wasserhähne zu 2,50 Mark das Stück, während allein die Rohkosten rund 16 Mark ausmachten. Ferner wurden 10 000 eichene Stühle geliefert für 38 Mark das Stück in einer Zeit, wo ganz gewöhnliche kieferne Stühle schon 85 Mark kosteten. Ein Teil der Arbeiterschaft stahl ärger als die Raben. Dies wurde dadurch erleichtert, daß die Anlagen sehr weitläufig gebaut worden sind und schwer bewacht werden können, obwohl 33 Wächter tätig sind. So wurden am hellichten Tage 35 Elektromotoren gestohlen, ferner 9000 Meter Zündertuch, Aluminium und zahlreiche andere Metalle im Werte von vielen Millionen.

* **Gründung eines deutschen Zentralkreditinstituts.** Der Reichsverband der deutschen Industrie hat beschlossen, gemeinsam mit allen produktiven Ständen ein großes Kreditinstitut für Deutschland zu begründen, das den ganzen Besitz, die ganze Produktion zusammenfassen soll und, ohne etwa ein Wettbewerb für die Reichsbank oder die Großbanken zu sein, ausreichende Bürgschaften für die nach vielen Milliarden zählenden Valutaschulden zu bieten und als Grundlage für die erforderlich werdenden Transaktionen zu dienen vermag.

Ausländische Währung.

Entwertung des Silbers. — Fremde Hypothekengelder in Deutschland.

Vielleicht die schwerste wirtschaftliche Krankheit, unter der wir leiden, jedenfalls eine der folgenreichsten ist, wie bekannt, der völlige Zusammenbruch der Markwährung, deren Verhältnis zu den anderen Währungen den wildesten Schwankungen unterliegt. Man soll sich aber durch die Erscheinungen im eigenen Lande den Blick für das nicht trüben lassen, was außerhalb desselben vorgeht: und da ist es zwar ein schlechter Trost, aber doch höchst bemerkenswert, zu beobachten, in welchem Umfange sich ähnliche Zersetzungserscheinungen auch bei dem Geldumlauf anderer Länder zeigen. Gerade die letzten Tage haben eine Anzahl von Meldungen gebracht, die höchst bezeichnend sind. Einen Goldumlauf gibt es augenblicklich nirgendwo in Europa oder in Amerika und die Staatenlenker zeigen auch nirgends Neigung, wieder auf einen solchen hinzuarbeiten. Aber, wenn es auch ohne Goldmünzen geht, ohne Silbermünzen ist schwer wirtschaften — man sieht das ja bei uns in Deutschland — und deshalb bereitet das Verschwinden der Silbermünzen auch den anderen Ländern schwere Sorgen. Vor einiger Zeit schon schlug deshalb die holländische Regierung der Volksvertretung die Herabsetzung des Silbergehaltes der Münzen vor. In ganz besonders schroffem Maße aber tut jetzt England das gleiche, das Land also, in dem seit Jahrhunderten die Münzen einen besonders hohen Feingehalt haben. Bei Silber betrug er 925 Tausendstel (bei den deutschen 900). Man hat lange erwogen, wie weit man heruntergehen solle und könne und ist schließlich jetzt zu dem Entschluß gekommen, den gewaltigen Abstieg auf 500 Tausendstel anzutreten, das heißt also, die Silbermünzen in etwa dem Feingehalt auszuprägen, den man früher den allerbilligsten Schmuckwaren gab; denn bessere und ebenso die Silbergegenstände des Haushaltes waren wesentlich höherhältig, meist 800 fein; am bezeichnendsten ist es vielleicht, daß Silbergegenstände von dem niedrigen Feingehalt der neuen englischen Münzen nach den bisherigen Bestimmungen in Deutschland nicht hätten gekennzeichnet werden können. Frankreich aber, wie wohl alle Länder des lateinischen Münzbundes steckt in noch größeren Schwierigkeiten, weil seine Hauptwährungsmünze aus Silber besteht. Es hat deshalb, wie gemeldet wird, sich nicht anders zu helfen gewußt, als daß es diesen Münzbund kündigte — und das wird seiner Eitelkeit sehr schwer geworden sein, da es sich um einen Staatenverein handelte, in dem es Vormacht war und die erste Rolle spielte.

*

Wir sind augenblicklich und wohl noch auf Jahre hinaus auf Auslandskapital angewiesen. Daß es uns aufkauft und beherrscht, können wir nicht wünschen, wohl aber müssen wir ihm die Wege zu angemessener Sicherstellung ebnen. Nach dieser Richtung hin bedeutet ein in diesen Tagen veröffentlichter Gesetzentwurf sehr viel, der die Möglichkeit gibt, Hypotheken- und Grundschulden auch in ausländischer Währung einzutragen. Denn es ist für einen Schweden beispielsweise natürlich viel angenehmer, ein Kronenkapital auch bei der Anlage im Ausland als solches zu verwenden und zu erhalten. Von dem Standpunkt des deutschen Borgers aus ist damit eine gewisse Gefahr verknüpft, weil er sich für die Verzinsung und Rückzahlung stets schwedische Währung verschaffen muß, während er seine Einnahmen in Mark bezieht. Um geschäftsungewandte Leute wird es sich aber bei diesen Geschäften kaum je handeln, es werden sogar wohl meist größere gewerbliche Unternehmungen oder ähnliches sein. Diese wissen, welche Gefahren möglich sind; auf der anderen Seite aber bietet das Gesetz eine auf andere Weise kaum zu schaffende Möglichkeit, Auslandsgelder durch gute Sicherung nach Deutschland zu ziehen und wohl auch mit ihrer Hilfe manches Haus und manches Werk wenigstens in deutschem Besitz und Betrieb zu erhalten, das sonst einfach ans Ausland verkauft worden wäre. Und das ist ein durchaus erstrebenswertes Ziel. *Leonhard Hagebucher.*

Auskunftei.

Mannesmann-Konzessionen. Die westfälischen Großindustriellen Brüder Mannesmann haben seit 1906 unter Aufwendung bedeutender Geldopfer Untersuchungen über die Bodenschätze Marokkos vorgenommen und dabei eine beträchtliche Zahl von Erzlagern (hauptsächlich Kupfer und Eisen) festgestellt. Für diese Erzlager haben sie sich von dem damaligen Sultan von Marokko Mulei Abd ul Asis die Priorität zusichern lassen. Die Mannesmann-Rechte haben wiederholt die Öffentlichkeit in hohem Grade beschäftigt, da eine französische Gesellschaft, die „Union des Mines Marocaines", an deren Spitze die Firma Schneider-Creuzot steht, sich bemühte, sie zu vereiteln.

Die Kokainsucht (chronischer Kokainismus), die jetzt in den Großstädten überhand nimmt, ist aus den Südstaaten Nordamerikas zu uns gekommen. Es fallen ihr gewöhnlich nur Menschen anheim, die vorher bereits Morphinisten waren. Der Kokainmißbrauch wird, wie der des Morphiums, meist in Form von Einspritzungen unter die Haut geübt. Die Opfer dieser üblen Gewohnheit enden fast immer im Irrenhause. Die Behandlung des Kokainismus besteht in der Entziehung des Mittels.

Der Präsident der französischen Republik wird auf sieben Jahre ernannt und kann wieder gewählt werden. Er veröffentlicht die Gesetze, sobald sie von den Kammern votiert sind, hat das Recht der Begnadigung, verfügt über die bewaffnete Macht und besetzt alle Zivil- und Militärämter. Im Einverständnis mit dem Senat kann er die Deputiertenkammer vor dem Ablauf ihres Mandats auflösen. Verantwortlich (vor dem Senat) ist er nur im Falle eines Hochverrats.

Elysée (Palais de l'Elysée) ist die mitten in einem schönen Garten liegende Residenz des Präsidenten der Französischen Republik. Der Palast wurde 1718 erbaut und von der Marquise von Pompadour reich ausgestattet.

Eltern-Zeitung.

Kranke Kinder rechtzeitig zum Arzt!

Von Nelly Wolffheim.

Mehr als zu einer anderen Zeit ist es nötig, die Gesundheit der Kinder zu beachten, wenn auch die Kleinen selbst dies nicht merken sollten. Besonders im Hinblick auf die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit, die ja infolge der Zeitumstände von allergrößter Wichtigkeit ist, darf man es nicht unterlassen, das Auge offenzuhalten und im rechten Augenblick den Arzt aufzusuchen. Man hat meines Erachtens bisher zu wenig darauf aufmerksam gemacht, wie viel von der rechtzeitigen Heranziehung ärztlicher Beratung abhängig ist, wenn es gilt, solch kleines Leben zu erhalten oder das Kind vor einem lebenslangen Siechtum zu bewahren. Die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit müßte unbedingt, mehr als es im allgemeinen geschieht, von dieser Seite her angegriffen werden.

In breiten Volksschichten herrscht eine Furcht vor dem Arzte, die die Schuld trägt, daß Kinder ein Opfer der Unwissenheit und falschen Behandlung werden. Ein paar Beispiele aus dem täglichen Leben seien hier zur Begründung des Gesagten angeführt.

Ein wenige Wochen altes Kind weint, sobald es wach ist; statt sich zu beruhigen, fängt es nach jedesmaligem Trinken von neuem an; es gedeiht nicht, trotzdem es reichlich Nahrung bekommt. Die unerfahrene Mutter gibt ihm noch Tee dazwischen, da sie glaubt, das Kind weine aus Hunger; die Verdauung wird immer schlechter, die Unruhe immer größer. Endlich wird ein Arzt gefragt, der feststellt, der Säugling sei überernährt; längere Pausen zwischen den einzelnen Mahlzeiten werden angeordnet, bald ist das elende, weinende Kind frisch und munter.

Ein anderer Säugling sieht blaß aus und kommt nicht vorwärts, an einzelnen Stellen des Gesichtchens zeigt sich etwas Ausschlag. Hebamme und Nachbarinnen wissen mancherlei Ratschläge zu erteilen, welche von der ungebildeten Mutter alle probiert werden. Schließlich, da nichts anschlägt, sucht die Frau eine Poliklinik auf; es ist höchste Zeit, jetzt kann es vielleicht noch gelingen, eine dem Kinde angeborene schlimme Krankheit im Keime zu ersticken, wenig später wäre dieselbe schon allzuweit entwickelt gewesen.

Daß ein großer Prozentsatz der Blinden von ihrem Unglück verschont bleiben könnte, wenn eine bei Neugeborenen vielfach auftretende Augenentzündung sachgemäß kuriert würde, ist allbekannt. Wie viele verwachsene Kinder könnten bei rechtzeitig einsetzender Behandlung geheilt werden. Wie wichtig sind bei der englischen Krankheit eine zweckentsprechende Diät, bei beginnender Tuberkulose vorbeugende Maßnahmen — aber man sehe sich einmal um, wie in dieser Beziehung aus Unwissenheit gesündigt wird. Werden nicht auch sehr häufig nervöse Kinder durch unzweckmäßige Erziehung geschädigt, da man ihre nervösen Eigentümlichkeiten für Unarten hält; wird nicht auch oft versucht, die Dummheit der Schwachsinnigen auszuprügeln?

Abgesehen von den genannten Fällen, bei denen eine rechtzeitige Diagnose der Krankheit zu ihrer Heilung oder Verminderung führen kann, möchte ich noch an die Fehler erinnern, welche von schlechtberatenen Müttern bei der Behandlung akuter Kinderkrankheiten gemacht werden; sehr viele Nachkrankheiten bei Diphtheritis und Scharlach z. B. entstehen nur dadurch und manches Kind konnte durch eine rechtzeitige Einspritzung am Leben erhalten bleiben statt qualvollen Leiden zu erliegen.

Was ist nun in den meisten Fällen die Ursache der verzögerten oder ganz unterlassenen ärztlichen Konsultation? „Wenn man erst mit dem Doktor anfängt, kommt man nicht sobald wieder los!" ist ein oft gehörter Einwand. Die Angst vor den Kosten spielt eine wesentliche Rolle, aber sie dürfte nicht in Frage kommen, wo es — wie so oft — gilt, Lebensglück zu retten. Gerade in Kreisen, die für unnütze Dinge, um Äußerlichkeiten zu beschaffen, mit Leichtsinn Ausgaben machen, wird hier gespart. Für die Unbemittelten stehen Kassenärzte usw. zur Verfügung. Ich verkenne keineswegs die Schattenseiten, die manche Einrichtungen auf diesem Gebiete aufweisen und vieles, was aus ihrer Praxis in die Öffentlichkeit drang, war nicht dazu angetan, Zutrauen zu erwecken. Man darf aber nicht vergessen, daß das Gute oftmals ungerühmt und meist mehr im Verborgenen bleibt als das Schlechte. Mißständen abzuhelfen, die das Publikum hindern, vorhandene Wohlfahrtseinrichtungen zu benutzen, ist eine ernste Pflicht aller sozialdenkenden Menschen. Damit aber auch recht viele, alle Rat suchen, wo es nötig scheint, muß eine möglichst intensive Volksaufklärung einsetzen. Nicht die Popularisierung medizinischer Kenntnisse, wie sie jetzt so vielfach angestrebt wird, und die oft Schaden bringt, ist das rechte, nein, nur die Vorbeugungslehren der Hygiene sollen der großen Masse geläufig sein; die Krankenbehandlung, die sich einzig und allein auf eine sachgemäße Diagnose stützt, kann nur von hierfür geschulten Persönlichkeiten angeordnet werden. Und um noch einmal auf den Geldpunkt zurückzukommen, man bedenke doch einmal, welche großen Summen Quacksalber und Kurpfuscher verschiedenster Art einnehmen. Daß solche Personen starken Zuspruch haben, zeigt uns deutlich, wie in vielen Fällen einzig und allein die Abneigung gegen die Ärzte und ein Mangel an Vertrauen zu ihnen der Grund ist, daß man es ohne sie probiert. Es ist hier nicht der Ort, darauf einzugehen, ob die Ärzteschaft ein Verschulden trifft und was sie selbst tun könnte, um die „Furcht vor dem Arzte" zu unterdrücken, unsere Absicht war nur, die Wichtigkeit zu betonen, die für das Volksleben die Erkenntnis rechtzeitiger Krankheitsdiagnosen hat. Nicht genug kann getan werden, Einsicht und Vertrauen nach dieser Richtung hin zu stärken; es müßte allen Müttern selbstverständliche Pflicht werden, ihre neugeborenen Kinder ärztlich untersuchen und sich nach den angestellten Befunden weiterhin zu richten.

„Bitte" und „danke".

Nicht etwa nur, weil es einmal Sitte ist, sollen wir die Kinder daran gewöhnen, „danke" und „bitte" zu sagen. Es liegt eine tiefere Bedeutung in diesen Worten; sie sind der Ausdruck einer Empfindung, und es ist nicht zu bezweifeln, daß sich in ihnen, wenn auch mehr oder weniger unbewußt, ein gut Teil unserer Weltanschauung spiegelt.

Sicherlich wird man sondern jede Höflichkeit nur mechanisch angewöhnen können; daß aber die blinde Gewohnheit mehr werde, daß sie der Ausdruck einer Empfindung sei, dies zu erreichen, muß sich die Erziehung angelegen sein lassen. Kinder müssen rechtzeitig dazu geführt werden, für die Freundlichkeiten, die man ihnen erweist, Anerkennung zu empfinden; sie sollen einsehen lernen, daß man ihnen wohl will, und daß nicht alles mit Selbstverständlichkeit so geschehen muß, wie es geschieht. Es liegt mir natürlich fern, den Erziehern eine Art Selbstbeweihräucherung anempfehlen zu wollen, durch die wir nie etwas anderes bei den Kindern erreichen würden, als daß sie sich bei ihnen unbeliebt machen; aber in den Kindern müssen schon früh Dankbarkeitsgefühle rege werden, die wir dadurch anfachen, daß wir Freundlichkeiten, die ihnen von anderen — nicht von uns — zuteil werden, in eine richtige Beleuchtung rücken. In den meisten Fällen, in denen die Kinder es mit Regelmäßigkeit unterlassen, zu bitten oder zu danken, ist dies die Äußerung einer gewissen Selbstgefälligkeit, die ohne jede Überlegung Forderungen stellt und zum gedankenlosen Empfangen ohne Gegengabe und ohne Anerkennung neigt. Im täglichen Leben muß unser Einfluß beginnen. Immer hat das Kind in höflicher Form um eine Handreichung zu bitten. Es wäre verfehlt, wollten wir schon im Kinde ein gewisses Herrschaftsgefühl, etwa dem Dienstmädchen gegenüber, begünstigen.

Auch im Verkehr der Geschwister soll diese Form des Umgangs gepflegt werden. Nun muß man aber, wenn man die Kinder in diesem Sinne beeinflussen will, vor allem selbst mit gutem Beispiel vorangehen, und zwar nicht nur im Verkehr mit Erwachsenen, sondern auch den Kindern gegenüber. Ein Kind will nicht immer nur als Untergebener behandelt werden; wenn es nicht gerade ein Befehl ist, den wir ihm erteilen, sollten wir nicht unterlassen, eine „Bitte" auszusprechen, und ein anerkennendes „Danke" ist auch an seinem Platze.

Nicht zu spät dürfen wir beginnen, die Kinder in der angedeuteten Richtung zu beeinflussen; wenn erst ein gewohnheitsmäßiges Fordern und Befehlen eingerissen ist, wird es schwer sein, dem entgegenzuwirken. Hindern wir aber diese Art nicht an der Entfaltung, so ziehen wir Egoisten groß, die nur an sich denken und das Wohl und Wehe der anderen unbeachtet lassen.

Gewöhnung an Geduld.

Wir gebrauchen so viel Geduld im Leben, und doch geben wir uns keine Mühe, die Kinder auf diese schwere Aufgabe vorzubereiten, sie an die Übung der Geduld zu gewöhnen. Man ist im allgemeinen viel zu sehr geneigt, die Ungeduld mancher Leute als etwas Selbstverständliches, als eine nun einmal vorhandene Charaktereigentümlichkeit hinzunehmen. Frühe Übung kann aber hier Gutes bewirken, und wenn auch nicht einen Geduldskünstler heranbilden, so doch die Neigung zu zermürbender, schädlicher Ungeduld beheben.

Halten wir uns vor Augen, daß die Geduld zum Teil als Weltanschauungsresultat aufzufassen ist. Wenn wir die Meinung in uns bekämpfen, daß gerade wir die Geplagten sind, daß gerade uns das Wartenmüssen besonders störend ist, daß nur wir — nicht aber die andern — so darunter zu leiden haben, ist schon viel gewonnen. Lehren wir daher die Kinder von früh an, die andern Leute als Leidensgefährten zu betrachten, die gleich uns beim gemeinsamen Warten Geduld zu üben haben. Wir Großen müssen vor allem kein schlechtes Beispiel geben. Nicht immer nur sich selbst bedauern, nicht immer stöhnen und klagen, wenn der Wagen, den wir nehmen müssen, nicht gleich kommt, wenn die Zeitung ein paar Minuten auf sich warten läßt, wenn das Wartezimmer voll, die Kasse umlagert ist. Verwehren wir den Kindern ein ungestümes Sichvordrängen in solchen Fällen, lassen wir sie nicht — weil sie gewandter sind — ohne Rücksicht durch dick und dünn gehen, gleich, ob sie dabei Alte und Gebrechliche übervorteilen. Wenn die Verhältnisse nicht unbedingt Eile nötig machen, wenn es nur unsere Ungeduld ist, die uns treibt, wollen wir uns lieber vor den Kindern zusammennehmen.

Man kann jegliches Wartenmüssen als Erziehungsfaktor ausnutzen. Richten wir den Ehrgeiz der Kinder darauf, eine langweilige Wartezeit als Geduldsübung zu betrachten, die man würdevoll, d. h. gemessen ertragen will, die man ohne Zeichen äußerer Ungeduld und Aufregung hinnimmt. Kleineren Kindern kann man deshalb doch durch ein ablenkendes Spiel, durch das Erzählen einer Geschichte etwas zu Hilfe kommen. Vor allem hüte man sich aber vor den Kindern über das Übel des Wartenmüssens allzu viel zu sprechen, denn die Klage verdoppelt die Ungeduld.

Bekanntmachungen.

1. Kriegshinterbliebenenfürsorge

a) Aus Mitteln, die das Reich zur Verfügung stellte, hat eine 2. Verteilung stattgefunden. Soweit infolge Bedürftigkeit Bewilligungen erfolgten, sind die Beiträge am Donnerstag, den 4. d. Mts., von 8—1 Uhr, in der Gemeindekasse durch die Empfangsberechtigten oder deren ges. Vertreter abzuholen.

b) Gleichzeitig haben sich alle in Betracht kommenden Kriegshinterbliebenen vorher in der Ortskanzlei in eine Anwärterliste für spätere Verteilungen eintragen zu lassen. Ausweise über militärischen Rentenbezug, Invaliden-Rentenbezug und Arbeits- pp. Einkommen sind mitzubringen.

c) Eine sehr geringe Anzahl von Schuhen (zum Preise von 60 bezw. 70 Mark) ist der Gemeinde für ganz bedürftige Kriegshinterbliebene überwiesen worden. Anmeldungen gelegentlich a b.

2. Kreisteilnehmer.

Für äußerst bedürftige K.-T. ist Schuhwerk (70 Mk.) zugewiesen worden. Anmeldungen am Donnerstag, von 8—1 Uhr. Bei übergroßer Bewerbung erfolgt eventuell Auslosung. Benachrichtigung erfolgt durch besondere Bekanntmachung am Freitag.

Warmbrunn, den 2. März 1920.

Der Gemeindevorstand
Neugebauer.

Nach Gottes unerforschlichem Ratschluß entschlief sanft nach langem Krankenlager, am 1. März meine liebe gute Tochter, unsere liebe Schwester, Schwägerin, Nichte und Kusine, die

Jungfrau

Hedwig Haberstroh

im blühenden Alter von beinahe 18 Jahren.

Dies zeigt im tiefsten Schmerz allen Verwandten, Freunden und Bekannten an

die tieftrauernde Mutter
Berta Haberstroh.

Warmbrunn, Hirschberg, d. 2. März 1920.

Beerdigung findet Donnerstag, den 4. März, nachmittags 3 Uhr, vom Krankenhause aus statt.

Bürger-Verein
Bad Warmbrunn.

Sonnabend, den 6. März
½8 Uhr abends
in der „Galerie":

Bunter Abend

der Frl. Frida Tepler'schen Haushaltungsschule
zugunsten des Volksheims (Bücherei und Lesehalle) in Bad Warmbrunn.

Vorträge .·. Tänze
Lebende Bilder

Eintritt für Nichtmitglieder 4,—, 3,— u. 2,— M.
„ „ Mitglieder 3,—, 2,— u. 1,— M.
Kartenverkauf in der Buch- und Kunsthandlung von Max Leipelt und an der Abendkasse.

Der Vorstand.

Kriegsanleihe in jeder Höhe kauft gegen bar Hans Hinderer, Berlin S, Schwedt. Straße 18

Visiten-Karten liefert in jeder Ausführung Fleischers Buchdruckerei.

Die freundlichen Glückwünsche, die mir zu meinem Geburtstage wieder so zahlreich von allen Seiten zugegangen sind, haben mich hoch erfreut, und spreche ich auf diesem Wege allen Gratulanten meinen

aufrichtigsten und herzlichsten Dank

aus.

Graf Schaffgotsch.

Garten-Anlagen

sowie Instandhaltung derselben, **fachgemäßer Baumschnitt und -Pflanzung,** sowie alle **sonstigen Erdarbeiten** bei zeitgemäß billigen Preisen übernimmt und bittet um gütige Aufträge

Paul Hirche, Landschaftsgärtner, **Bad Warmbrunn,** Zackenaue 20.

Turn-Verein Warmbrunn.

Mittwoch, den 3. März, abends 8½ Uhr, im „Weißen Adler".

Monats-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Stiftungsfest.
2. Verschiedenes.

Die Mitglieder, auch der Frauenriege, werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.

Nach der Tagesordnung **gemütl. Teil m. Vorträgen.**

Der Vorstand.

Vollständig neues, elegant., dunkelblaues, modernes

Kostüm

evtl. auch Jacke allein, Seide gefüttert, reine Wolle, weil zu eng gearbeitet, sehr preiswert **zu verkaufen.** Desgleichen ein ält. getrag. dunkel-blaues

Kostüm

und ein fast neuer

Nerzmurmel-Pelzkragen

Mühlstraße 9.

Selbstgeber verleiht schnell diskret **Geld,** Ratenzahl. gestattet
J. Mann, Hamburg 5.

Geld gegen monatliche Rückzahlung verleiht
R. Calderarow, Hamburg 5.

Suche für die Saison einen

Laden

für Lebensmittel
mit anschließend. Wohnung, jedoch nicht Bedingung,
zu mieten.

Angebote erbeten
Hedrich, Hirschberg,
Schmiedebergerstraße 2, prt.

Ungeziefer
Mäuse, Ratten, Russen, Wanzen
vernichtet mit Garantie
Furol
Fabrikat

Alleinverkauf
Germania-Drogerie,
Schlossplatz 3.

Bettnässen

Befreiung garantiert sofort. Alter und Geschlecht angeben. Auskunft gratis.

Versandhaus Wohlfahrt, München 335a
Hiltensbergerstraße 6.

Geld in jeder Höhe monatl. Rückzahlung verleihen sofort
H. Blume & Co., Hamburg 5.

Schreiben Sie an die

Dursmusikke

Brieg, Bez. Breslau.
um Probenummer.
Einzige schlesische Dialekt-Zeitschrift.
4. Jahrgang Vierteljährlich Mk. 1,50.

Für Wiederverkäufer und Gastwirte
empfehle ich

Teegläser

mit vernickeltem Halter, Stück 3,— Mark.

Tropfenfänger „Ideal"

für alle Kannen passend, mit und ohne Deckelhalter, sorgt für Sauberkeit der Tischwäsche.
Stück Mark —,60, —,70, —,90 u. 1,25.
Preise ausschließlich Verpackung und Porto.

Rudolph Preuss, Görlitz.

Kunst- und Vereinshaus, Hirschberg.

Mittwoch, den 10. März, abends 7½ Uhr

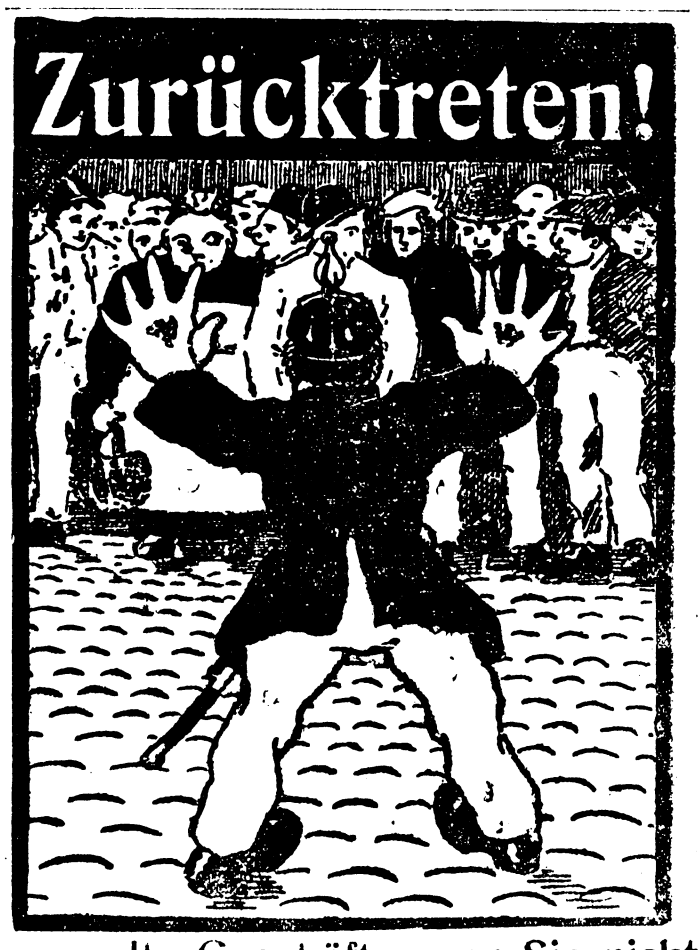
Wohltätigkeits-Aufführung

zum Besten des hiesigen Kinderheims
veranstaltet von der
Konzertsängerin Toni Schulze,
deren Schülerinnen, unter gütiger Mitwirkung anderer geschätzter Kräfte.

Programm:
1. Lebende Lieder mit Tanzeinlagen,
2. Opernprobe, kom. Oper in 1 Akt v. Lortzing.

Kartenvorverkauf: Buchhandlung P. Röbke.
Preise der Plätze: Loge 5,50 Mk., Orchestersitz 5.— Mk., 1. Parkett 4,40 Mk., 2. Parkett 3,30 Mk., Seitenparkett 3,30 Mk., 1. Rang 4,40 Mk., 1. Rang 2. R. 3,30 Mk., 2. Rang 2,20 Mk., Stehplatz 1,10 Mk.

Zahn-Atelier
Erich Franz,
Hirschberg, Contessastraße Nr. 6.
Sprechstunden:
9—12 und 2—5 Uhr, Sonntags 10—11 Uhr.
Bei vorheriger Anmeldung auch außer der Zeit.
Behandlung schonend und gewissenhaft.
Reparaturen sowie auswärtige Patienten werden nach Möglichkeit an einem Tage erledigt.



muß Ihr Geschäft, wenn Sie nicht
ständig inserieren.